UNIVERSITÄT HOHENHEIM

PRESSE UND ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Telefon: +49(0)711 - 459-22001/22003
Fax: +49(0)711 - 459-23289
E-Mail: presse@uni-hohenheim.de
Internet: http://www.uni-hohenheim.de

PRESSEMITTEILUNG DER UNIVERSITÄT HOHENHEIM

Landespressekonferenz: ÄStudiengebühren schaden der Entwicklungszusammenarbeitñ

Mittwoch, 19. April 2017, 11:00 Uhr, Landespressekonferenz Stuttgart / Fachleute aus Wissenschaft und Entwicklungspolitik unterschreiben Erklärung gegen Studiengebühren für Studierende aus Entwicklungsländern.

1500 Euro pro Semester sollen Studierende aus Nicht-EU-Ländern demnächst für ein Studium an Universitäten in Baden-Württemberg zahlen. Damit will die Landesregierung zusätzliche Einnahmen für den Landeshaushalt erzielen. Das Problem dabei: Zahlen sollen vor allem Studierende aus Entwicklungsländern, denn sie machen über zwei Drittel der vom Gesetz betroffenen Studierenden aus. Für viele von ihnen stellen die geplanten Gebühren ein unüberwindbares Hindernis dar. Wissenschaftler und Experten aus dem Bereich Entwicklungszusammenarbeit fordern die Landesregierung deshalb auf, Studierende aus Entwicklungsländern von den geplanten Studiengebühren zu befreien. Bei der Landespressekonferenz begründen sie ihre Forderung.

Durch die Ausbildung von Fach- und Führungskräften Entwicklungsländer unterstützen, Fluchtursachen bekämpfen und im Kampf gegen Hunger, Armut und Klimakatastrophen zusammenarbeiten: Dazu tragen die Universitäten in Baden-Württemberg bei, wenn sie Studierenden aus Entwicklungsländern ein Studium ermöglichen.

Damit die Universitäten diesen wichtigen Beitrag zur Entwicklung auch weiterhin leisten können, fordern ausgewiesene Fachleute in einer gemeinsamen Erklärung, auf die geplante Einführung von Studiengebühren für Nicht-EU-Ausländer in Baden-Württemberg zu verzichten oder zumindest die Studierenden aus Entwicklungsländern auszunehmen. Die bislang vorgesehenen Ausnahmeregelungen gehen ihnen nicht weit genug.

Die Unterzeichner der Erklärung sind landes- und bundesweit in den Bereichen Entwicklungsforschung, Entwicklungszusammenarbeit und Bildung für nachhaltige Entwicklung aktiv. Darunter befinden sich Vertreterinnen und Vertreter führender Institute der Entwicklungsforschung in Deutschland sowie namhafter zivilgesellschaftlicher Organisationen, die sich in der Entwicklungszusammenarbeit engagieren.

Bei der Landespressekonferenz präsentieren die Initiatorinnen die Erklärung und erläutern die Bedeutung von freiem Bildungszugang für Studierende aus Entwicklungsländern vor dem Hintergrund aktueller politischer Entwicklungen.

Als Expertinnen anwesend sind:

- **Prof. Dr. Regina Birner**, Universität Hohenheim, Leiterin des Lehrstuhls für Sozialen und institutionellen Wandel in der landwirtschaftlichen Entwicklung

- **Claudia Duppel**, Dachverband Entwicklungspolitik Baden-Württemberg e.V. (DEAB), Geschäftsführerin

Der Termin ist mit dem LPK-Vorstand abgestimmt.

Text: Barsch / Klebs

Kontakt für Medien
Prof. Dr. Regina Birner, Universität Hohenheim, Leiterin des Lehrstuhls für Sozialen und institutionellen Wandel in der landwirtschaftlichen Entwicklung
T 0711 459 23517, E Regina.Birner@uni-hohenheim.de

Claudia Duppel, Dachverband Entwicklungspolitik Baden-Württemberg e.V. (DEAB), Geschäftsführerin
T 0711 66487360, E claudia.duppel@deab.de